

## **L1NEU Krisen gemeinsam bekämpfen!**

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2022  
Tagesordnungspunkt: 3 Inhaltlicher Schwerpunkt

### **Antragstext**

1 Wir stecken gerade mitten in großen Krisen. Viele Menschen wissen nicht, ob sie  
2 die nächste Gasrechnung noch bezahlen können, ob sie bald aus der Wohnung  
3 geschmissen werden, oder ob sie sich noch den nächsten Einkauf leisten können.  
4 Gleichzeitig entzieht die Klimakrise schon jetzt immer mehr Menschen die  
5 Lebensgrundlage und Putin führt seinen unmenschlichen Angriffskrieg gegen die  
6 Ukraine fort. Wir sind also inmitten von enorm großen Herausforderungen und  
7 müssen jetzt solidarische und gerechte Antworten finden. Solidarisch mit der  
8 Ukraine, gerecht und entlastend für alle und das auch mit Blick auf unsere  
9 Zukunft. Doch genau an dieser solidarischen und gerechten Politik fehlt es an  
10 allen Ecken. Es liegt an uns als Teil der gesellschaftlichen Linken für sie  
11 einzutreten. Dabei müssen wir jedoch nicht von null beginnen, sondern können von  
12 vergangenen Kämpfen lernen. Bereits bestehende Rechte und bessere Löhne wurden  
13 immer dann erreicht, wenn sich Menschen zu Kämpfen zusammengefunden haben und  
14 gemeinsam Seite an Seite auf der Straße waren. So wie beispielsweise beim  
15 gemeinsamen Arbeitskampf von migrantischen und nicht migrantischen  
16 Arbeiter\*innen bei Pierburg 1973. Es gab immer wieder erfolgreiche Kämpfe gegen  
17 Unterdrückung. Sie haben aber auch immer gezeigt, dass Erfolge zunächst vor  
18 allem auf der Straße erkämpft werden.

19 Die Klimabewegung hat es geschafft, dass die Klimakrise in das Bewusstsein der  
20 Gesellschaft gerückt ist, aber daraus folgt bislang wenig konsequente  
21 Klimapolitik. Dieser Druck auf der Straße ist also leider kein Automatismus für  
22 gerechte Politik. Genauso sehen wir leider, dass uns auch grüne  
23 Regierungsbeteiligungen nicht retten. Es gilt also daraus zu lernen und sich  
24 klug zu organisieren.

25 Wir sehen, dass sich jetzt wieder etwas bewegt, außerhalb des Parlamentes, dass  
26 sich Menschen hinter der Kampagne Genug ist Genug zusammenschließen, um für eine  
27 linke Antwort auf die Krisen zu kämpfen. Dem schließen wir uns an und treten für  
28 eine solidarische Politik für die Vielen ein!

29 **Soziale Krise bekämpfen!**

30 Im Supermarkt, auf der Nebenkostenabrechnung, beim Stromkostenabschlag, wir  
31 merken es im Portemonnaie. Die soziale Krise ist längst Realität. Die  
32 Abhängigkeit von fossilen Energien hat uns nicht nur in die Energiekrise  
33 gedrängt, sie verteuert auch alle Grundbedürfnisse massiv.

34 Die Entlastungspakete der Bundesregierung? Unzureichend. Es ist richtig und  
35 wichtig, dass mit dem dritten Entlastungspaket endlich auch Studierende und  
36 Rentner\*innen bedacht sind. Die Gaspreisbremse ist trotz ihrer ungerechten  
37 Ausgestaltung ein großer Erfolg, allerdings nicht längst nicht klar, ob die  
38 Entlastung, die erst so richtig im nächsten Jahr greift, ausreichen wird. Viele  
39 Menschen wissen gerade trotzdem nicht mehr, wie sie durch den Winter kommen  
40 sollen, die Ersparnisse sind entweder aufgebraucht oder waren noch nie  
41 vorhanden. Besonders hart trifft es die Menschen, die also so oder so schon  
42 wenig Einkommen haben. Dabei ist eigentlich klar: Wer mehr hat, muss auch mehr  
43 geben. Dafür muss NRW sich auf Bundesebene für eine wirksame Vermögenssteuer und  
44 eine deutliche Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuersätze einsetzen.  
45 Denn die finanzielle Belastung muss gerecht verteilt werden.

46 Die Angst davor, dass es Zuhause kalt und dunkel wird, ist berechtigt. Denn dass  
47 der Strom und das Gas abgedreht werden, wenn man nicht mehr zahlt, ist die  
48 bittere Wahrheit. Wir können aber eben nicht zulassen, dass Menschen mit  
49 geringem Einkommen, wie Studierende, Rentner\*innen, Auszubildende oder  
50 Alleinerziehende ohne Strom und Gas bleiben. **Mit einem Moratorium für Strom- und  
51 Gassperren ist die Grundversorgung für alle gesichert.** Die Landesregierung ist  
52 in der Pflicht mit den Versorgern die Sperren zu verhindern. Dabei ist klar: Den  
53 Stadtwerken fehlt in den so oder so schon klammen Kommunen das Geld, ohne einen  
54 Rettungsschirm für die Stadtwerke geht es nicht.

55 Und trotzdem wird es nicht reichen. Mit einem Moratorium für Strom- und  
56 Gassperren summieren sich die Kosten auf. Die Landesregierung muss endlich  
57 wirksame sozialpolitische Maßnahmen ergreifen. Ein **Notfallschirm für Menschen,  
58 die sich die Strom- und Gasrechnung** nicht mehr leisten können, ist dringend  
59 notwendig. Genau das gilt auch für die gestiegenen Lebensmittelkosten. Niemand  
60 sollte in die Lage kommen, sich keine Grundnahrungsmittel mehr leisten zu  
61 können, es ist die staatliche Aufgabe, das zu verhindern.

62 Gleichzeitig machen Konzerne Milliarden Gewinne, dazu gehören auch große  
63 Wohnungskonzerne wie Vonovia und Co. Dass die Mieten seit Jahren steigen und  
64 Luxussanierung Normalität sind, führt dazu, dass sich viele die Miete nicht mehr  
65 leisten können. **Zwangsräumungen und Kündigungen müssen ausgesetzt werden, die  
66 Mieten kurzfristig eingefroren werden.** Denn Wohnen darf nicht zum Luxusgut  
67 werden, Wohnen ist ein Menschenrecht.

68 Öffentliche Räume wie Jugendzentren, Schwimmbäder, Bibliotheken oder Museen,  
69 aber auch Orte des Lernens wie Universitäten oder Volkshochschulen haben einen

70 großen Mehrwert für die gesamte Bevölkerung. Menschen ohne Balkon und Garten,  
71 Menschen mit wenig Wohnfläche sind besonders auf sie angewiesen, genau wie junge  
72 Menschen oder Familien mit Kindern. Die Universitäten wissen nicht mehr wie sie  
73 den Strom zahlen sollen, Schwimmbäder müssen geschlossen werden. Dabei ist  
74 öffentliche Infrastruktur Grundvoraussetzung für soziale Kontakte und eine gute  
75 mentale und körperliche Gesundheit. **Die Landesregierung muss hier schnell die**  
76 **richtigen Prioritäten setzen, bevor die Krise uns endgültig einholt.**

77 Dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, kommt nicht überraschend. Auf  
78 Bundesebene hat sich die Ampel mit der Schuldenbremse kaum Spielraum für echte  
79 soziale Entlastung und dringend notwendige Investitionen gelassen. Gleiches gilt  
80 mit Blick auf den Landeshaushalt. **Aber das ist nicht in Stein gemeißelt: Mit**  
81 **einer Abschaffung der Schuldenbremse auf Bundes- und Landesebene können die**  
82 **Krisen unserer Zeit endlich wirksam bekämpft werden. Dafür braucht es den Druck**  
83 **von der Straße, aber auch den politischen Willen von einer Grünen Partei. Denn**  
84 **die soziale Krise ist längst bittere Realität, bekämpfen wir sie endlich!**

85 **Nur zusammen sind wir stark!**

86 Soziale Errungenschaften und spürbare Verbesserungen im Leben der Menschen  
87 wurden in der Vergangenheit immer hart erkämpft. Es war gerade die  
88 Arbeiter\*innenbewegung, die durch Arbeitskämpfe in den Betrieben und die  
89 Organisierung der arbeitenden Klasse das Leben der Menschen verbessert hat. In  
90 Deutschland steigen die Reallöhne seit Jahren nicht mehr, die Preise explodieren  
91 und selbst die Anpassung des Mindestlohns auf 12 Euro ist durch die Inflation  
92 fast vollständig verpufft. Spürbar höhere Löhne, die ein gutes Leben ermöglichen  
93 können, sind gerade angesichts der aktuellen Krisen fundamental wichtig.

94 Diesen Herbst und Winter stehen wieder Lohnrunden und Tarifverhandlungen für  
95 mehrere Millionen Menschen, auch bei uns in NRW, an. Die Gewerkschaften des DGB  
96 kämpfen dabei für höhere Löhne, um die Beschäftigten finanziell zu stärken und  
97 damit angesichts der aktuellen Lage auch krisenfest zu machen. Als GRÜNE JUGEND  
98 in Nordrhein-Westfalen **unterstützen wir die Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG**  
99 **BAU, NGG und ver.di in den anstehenden Arbeitskämpfen** für hunderttausende  
100 Beschäftigte in verschiedenen Industriezweigen und Dienstleistungsberufen sowie  
101 im öffentlichen Dienst der Kommunen.

102 Besonders betroffen von Ausbeutung sind Beschäftigte in Werkstätten für Menschen  
103 mit Behinderung, die immer noch weit unter Mindestlohn bezahlt werden und  
104 Entgelte bekommen, die bei weitem nicht existenzsichernd sind. Das ist  
105 diskriminierend und fatal. Das Land muss dafür sorgen, dass Beschäftigte in  
106 landeseigenen Werkstätten **mindestens den gesetzlichen Mindestlohn bekommen** und  
107 auch entsprechend auf die Werkstätten in kommunaler und freier Trägerschaft  
108 einwirken. Zudem muss sich die Landesregierung beim Bund dafür einsetzen, diesen  
109 Missstand endlich gesetzlich zu beenden.

110 Der Erzwingungsstreik für einen Tarifvertrag-Entlastung an den Unikliniken durch  
111 Notruf NRW zeigt, wie viel wir gewinnen können, wenn wir uns entlang gemeinsamer  
112 Interessen zusammenschließen und für unser Recht kämpfen. Dabei ist der Streik  
113 an den Uni-Kliniken bezeichnend: Denn besonders Care-Berufe sind geprägt von  
114 schlechten Arbeitsbedingungen. Deswegen ist unser Arbeitskampf immer  
115 queerfeministisch! Unser gemeinsamer Kampf für die beste Gesundheitsversorgung  
116 für alle geht aber weiter. Denn klar ist: Egal ob in der Psychotherapie, bei der  
117 Hausärzt\*in oder in der Uniklinik - Wir müssen das Fallpauschalensystem und den  
118 **Profitzwang in unseren Krankenhäusern überwinden**, die Gesundheitsversorgung  
119 finanziell stärken und **flächendeckend zurück in die öffentliche Hand** holen.

## 120 **Nein zum fossilen Rollback!**

121 Im öffentlichen Diskurs wird die Rückbesinnung auf fossile Energieträger oft als  
122 vermeintlich einfache Lösung der aktuellen Krise gesehen, die Notwendigkeit von  
123 immer neuen Infrastrukturen für Öl, Gas und Kohle wird überall betont. Dabei  
124 wird übersehen, dass unsere Abhängigkeit von fossilen Energien erst der Grund  
125 für die derzeitige Energiekrise war. Der **Kohleausstieg bis spätestens 2030, der  
126 jetzt beschlossene Atomausstieg und ein konsequenter Gasausstieg bis spätestens  
127 2035** statt neuer, fester fossiler Infrastruktur sind für uns nicht verhandelbar.  
128 Um unsere Energieversorgung langfristig sicherzustellen, müssen wir vielmehr die  
129 **Erneuerbaren Energien massiv und schnell ausbauen**.

130 Wir müssen in NRW unseren Beitrag zur Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze leisten.  
131 Für uns ist klar, dass wir die für NRW errechneten **CO2- Restbudgets zur  
132 Einhaltung des Ziels nicht überschreiten dürfen**. Die Landesregierung muss zudem  
133 einen Plan vorlegen, wie sie die angekündigte Mehrverstromung von Braunkohle im  
134 Kraftwerk Neurath durch Einsparungen an anderen Stellen **kompensieren** will.

135  
136 Zur Abhängigkeit von fossilen Energien kommen große Energiekonzerne, die mit  
137 unseren Grundbedürfnissen riesige Profite machen und deren Gewinne in diesem  
138 Krisenjahr sogar noch auf Rekordniveau gestiegen sind. Um leistbare  
139 Energieversorgung für alle sicherzustellen, wollen wir die Energieversorgung in  
140 die öffentliche Hand überführen und dafür **RWE & Co. vergesellschaften!**

141  
142 Dass im Jahr 2022 mit Lützerath ein weiteres Dorf im Rheinischen Revier den  
143 Profitinteressen von RWE weichen soll, ist inakzeptabel. Als GRÜNE JUGEND NRW  
144 bekräftigen wir: **Lützerath bleibt!**

145 Das 9-Euro-Ticket war ein voller Erfolg. Durch das Ticket haben viele Menschen  
146 Bus und Bahn öfter genutzt, Pendler\*innen wurden zielgerecht entlastet und  
147 Millionen Menschen konnten von bezahlbarer Mobilität profitieren und so an  
148 Gesellschaft teilhaben. Dass in einer Zeit dramatisch steigender Preise und  
149 unbezahlbarer Nebenkosten wenigstens Bus und Bahn zum ersten Mal für die meisten  
150 Menschen im Land bezahlbar waren, hat zudem eine große Entlastungswirkung  
151

152 gezeigt. Bund und Land müssen hier eine **Nachfolgelösung zum Preis von 9 Euro im**  
153 **Monat** anbieten. Der Bund muss dafür mehr Mittel als bisher versprochen  
154 bereitstellen, das Land aber im Zweifel auch bereit sein, einen großen Teil der  
155 Kosten zu tragen. Zudem muss verstärkt und massiv in Bus und Bahn investiert  
156 werden.

157  
158 So bekämpfen wir Klima-, Energie und soziale Krise gemeinsam, erreichen  
159 kurzfristig wirksame Entlastungen und mittelfristig eine solidarische Politik,  
160 die die Bedürfnisse der Menschen und des Klimas in den Mittelpunkt rückt und die  
Lebensrealitäten in Nordrhein-Westfalen verbessert.

161 **Es kommt auf uns alle an!**

162 Wir sind also gefordert als Grüne Jugend, wir haben Ideen für eine gerechtere  
163 Gesellschaft. Wir sind so stark wie nie zuvor. Aber alleine reicht das nicht,  
164 deswegen müssen wir jetzt zusammen mit Gewerkschaften und linken Bewegungen auf  
165 die Straße gehen, stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten im  
166 Arbeitskampf und machen Druck auf die Parlamente. Wir sagen Genug ist Genug!

167 Die bisherigen Entlastungspakete sind nur auf diesen gesellschaftlichen Druck  
168 hin entstanden. Genauso sehen wir aber auch, dass die schwarz-grüne  
169 Landesregierung den gesellschaftlichen Krisen bisher nicht gerecht wird.  
170 Deswegen liegt es jetzt an uns! Machen wir also jetzt weiter Druck auf die  
171 Regierung. Es war nie offensichtlicher, dass es solidarische Politik für die  
172 Menschen braucht und nicht für Profite. Lasst uns deshalb die Krisen jetzt  
173 gemeinsam bekämpfen! Solidarisch und für eine gerechtere Welt!

## **Begründung**

erfolgt mündlich